

Die Euregio Bodensee nach der Jahrhundertwende

Autor(en): **Onken, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rorschacher Neujaahrsblatt**

Band (Jahr): **89 (1999)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-947431>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

flechtung der Bildungs- und Forschungsinstitutionen in der Region wichtige Impulse zur Stärkung der seeübergreifenden Zusammenarbeit geben kann. Bei der Grundsteinlegung der Universität Konstanz am 21. Juni 1966 erhoffte sich Kurt Georg Kiesinger noch «die Entstehung eines ausstrahlenden, geistigen Mittelpunktes einer uralten Kulturlandschaft rings um den Bodensee» in Konstanz. Heute bietet es sich an, diese Idee in einem Netzwerk aller Bildungseinrichtungen rund um den See zu erweitern. Denn neben den Flaggschiffen, den Universitäten in Konstanz und Sankt Gallen, findet sich auch im tertiären Bereich noch eine große Zahl weiterer, spezialisierter und vielseitig ausgerichteter Bildungseinrichtungen, aus deren engen Zusammenarbeit der gesamten Bodenseeregion eine neue geistige Mitte erwachsen kann.

«Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist», schrieb Victor Hugo. Mag für viele Menschen am See eine internationale Region Bodensee auch noch ein Kunstgebilde sein, die Idee des Zu-

sammenwachsens der Bodenseeanrainer ist existent. Bei vielen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur ist die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit erkannt und sie manifestiert sich auch bereits seit Jahren in institutionellen Formen wie der Internationalen Bodenseekonferenz und dem Bodenseerat. Und ich bin der festen Überzeugung, daß für diese Idee des Zusammenwachsens der Bodenseeregion im weiter zusammenwachsenden Europa auch die Zeit gekommen ist. Denn wir wollen kein Europa, das im Einheitsgewand daherkommt, das an Buntheit und Farbigkeit verliert, das technokratisch verwaltet und zentralistisch geführt wird und in dem sich die Menschen verloren vorfinden. Wir wollen vielmehr ein Europa, das den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, in dem sich die Menschen wiederfinden und ihre spezifischen Probleme vor Ort selbst lösen können. Wenn wir ein solches Europa wollen, das den Menschen eine Heimat gibt, dann brauchen wir auch hier am Bodensee eine Region, die den Namen einer EuRegio verdient.

Die Euregio Bodensee nach der Jahrhundertwende

Die Jahrhundertwende ist schon bedrängend nah. Doch fordert sie in der Euregio Bodensee zu einer vertieften Analyse heraus? Ist sie irgendwie Anlass zu einer Sammlung der Kräfte, gar zu einem Aufbruch? Nein, eine Neubesinnung oder auch nur eine Akzentuierung der Gangart sind nirgends zu erkennen. Die politische Euregio verharret in der Beschaulichkeit, im alemannischen Pragmatismus, im freundlichen Nebeneinander der guten Nachbarschaft. Bestehendes wird gefestigt und, mit praktischem Sinn, schrittweise ausgebaut. Es walten allenthalben die nüchterne Wesensart und die Serenität, die dem Bodenseeraum seit jeher zu eigen sind. Von Dynamik ist nichts zu spüren.

Das Fanal von 1989

1989 war das noch anders. Da fand auf den Höhen der Universität Konstanz der wohlgenutete Start in die Euregio statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an jenem denkwürdigen Symposium hatten für den Raum um den See nur das Allerbeste im Sinn. Heraus aus dem Windschatten, endlich Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit beweisen im Wettbewerb der Regionen, das war die Losung. In der Schweiz, in Stuttgart und in München deutlich machen, wer wir sind. Bonn, Wien und Bern nachgerade in Erinnerung rufen, dass es das Bodenseegebiet noch gibt.

Der Augenblick schien günstig. Am Tage des Symposiums öffneten sich die Grenzen. Die Mauer fiel. Irritierte Nationalstaaten schienen zu klein geworden für die grossen und zu gross für die kleinen Probleme der Menschen. Brüssel entrückte immer mehr zur bürgerfernen Metropole der Europäischen Union. Es schlug, vielversprechender denn je, die Stunde der Regionen.

Je kühler die Zugluft im europäischen Wirtschaftsraum, je rauher die Gepflogenheiten auf den entfestelten Märkten, je härter der weltumspannende Wettbewerb, desto traulicher die heimischen Gefilde, desto verlässlicher die regionale Geborgenheit. Nachbarschaftliches Zusammenrücken in der Nische versus grenzenlose Globalisierung. Die Regio fast ein wenig als *deus ex machina*.

Abgebremster Schwung

Täuscht es, oder hat sich dieser Elan nach zehn Jahren bereits wieder merklich gelegt? Die Entwicklung hat die kühnen Hoffnungen zurecht gerückt. Die Nationalstaaten wanken nicht. Der Föderalismus, dem die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz huldigen, hat sich als ausserordentlich resistent erwiesen: praxisbezogen, lösungsorientiert, bürgernah. Selbst die Europäische Union hat mittlerweile Gegensteuer gegeben. Subsidiarität ist ein Thema geworden. Selbstbescheidung und Konzentration auf das gemeinschaftlich Wesentliche sind angesagt, eingelöst noch nicht.

Das dämpft die ausgreifenden Pläne der Regionalpolitiker und nimmt den Wind aus den Segeln derjenigen, die im Rat der Regionen Europas schon so etwas wie ein föderalistisches Gegengewicht zum Europäischen Parlament sehen wollten. Es wird zurückbuchstabiert und nach neuen realistischen Positionen gesucht. Moderation allenthalben.

Keine neue Integrationsdynamik

Das ist, an der Schwelle des neuen Jahrhunderts, die politische Grosswetterlage, die sich natürlich auch wieder ändern kann. Doch sie dämpft die Dynamik

Thomas Onken

zwischen Bregenz und Schaffhausen, Ravensburg und St.Gallen, Feldkirch und Frauenfeld.

Diese Städtenamen bezeichnen Welten, die meilenweit voneinander entfernt liegen und doch zusammengehören sollen. Was haben sie eigentlich gemeinsam? Immer liegt der sperrige See dazwischen, dieses ausgedehnte «Schwäbische Meer», das uns zugleich vereint und trennt. Die schlanke Silhouette des Bodensees zielt zwar hüben wie drüben unzählige Autohecks und stiftet als Symbol grenzüberschreitende Verbundenheit. Doch wie unendlich weit ist es von Kreuzlingen nach Dornbirn, von Überlingen nach Rorschach! Und wie unproblematisch integriert, durchdringt, vereinigt sich dagegen eine Euregio Basiliensis im eng verzahnten Dreiländereck.

Die geographischen Verhältnisse werden sich auch im neuen Jahrhundert nicht ändern. Sie werden das natürliche Zusammenwachsen weiterhin nicht begünstigen. Umso entschiedener wäre politische Kooperation gefordert: ein starkes Impulsprogramm mit dem Ziel, Nähe zu vermitteln, Nachbarschaft erfahrbar zu machen, Zusammengehörigkeit zu schaffen.

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK), sozusagen die Regierung der Euregio, hat jedoch einen anderen Weg als den der Vertiefung gewählt. Vor die Frage gestellt, ob das Bestehende zu festigen oder zu erweitern sei, hat sie sich – zu eilfertig und unbedacht, wie mir scheint – für die Erweiterung entschieden. Im Herbst 1998 ist der Kanton Zürich als neues Mitglied in die IBK aufgenommen worden.

Erweiterung statt Vertiefung

Ausweitung und problematischer «Machtgewinn» vor Konzentration und Vertiefung also. Denn was in aller Welt hat diese Million Zürcherinnen und Zürcher mit dem Bodenseegebiet zu tun: historisch, kulturell, mentalitätsmässig? Die Frage ist rhetorisch. Zürich wirkt auf das fragile Gebilde nicht integrierend, sondern zentrifugal. Der neue Partner wird auch die Position der Euregio nicht wirklich stärken, weil ein Kanton Zürich bei seiner Interessenlage die engeren Anliegen der Bodenseeregion bestenfalls loyal mittragen, nie aber wirklich von innen heraus teilen und unterstützen wird. Es ist bedauerlich, dass Vorarlberg und die beteiligten deutschen Bundesländer den strategischen Entscheid über die Erweiterung weitgehend den Schweizer Kantonen überlassen haben.

Aus diesem Entscheid sind Entwicklungstendenzen ablesbar, die wohl auch die Zukunft bestimmen werden. Nichts deutet jedenfalls auf eine neue Integrationsdynamik in den nächsten Jahren.

Institutionelle Schwächen

Die Internationale Bodenseekonferenz bleibt das Machtzentrum. Sie gibt in der Euregio weiterhin den Ton an. Die Regierungsvertreter setzen an ihren Treffen wenigstens das eine oder andere Zeichen. In den achtziger Jahren noch als «Eisheilige» gescholten und herausgefordert, hat die Exekutive reagiert. Sie verfügt immerhin über begrenzte Instrumente und Mittel, sitzt überdies an den Schalthebeln der grenzüberschreitenden Interreg-Projekte. Sie vollzieht in bedächtigen Schritten das Bodenseeleitbild und wacht über das Identitätsmerkmal der Region, den See als Naturschönheit und Trinkwasserspeicher.

Doch auch ein Leitbild ist noch lange kein Euregio-Programm.

Der Bodenseerat hingegen schwankt zwischen Selbstüberschätzung und Bedeutungslosigkeit. Die Aufnahme Zürichs erfolgte bezeichnenderweise ohne seine Mitsprache. Das Sprachrohr der Bevölkerung wurde nicht einmal konsultiert. Als Partner wird der Bodenseerat von der IBK nicht wirklich ernst genommen. Seine Infrastruktur ist äusserst schwach, seine Arbeitsweise unausgewogen und von vielen Zufälligkeiten bestimmt. Wo der Rat substantielle Impulse gibt, gehen sie meist auf den Einsatz einzelner Persönlichkeiten zurück. Es fehlt überdies die demokratische Legitimation. Der Bodenseerat ist niemandem rechenschaftspflichtig – und das merkt man.

Aber auch die regelmässigen Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der anrainenden Kantone und Länder haben bisher kein Profil entwickelt. Die Zusammenkünfte der kleinen Delegationen erschöpfen sich im informellen Austausch von Erfahrungen und nachbarschaftlichen Höflichkeiten. Entscheide können weder gefällt noch schon gar durchgesetzt werden.

Politischer Wille und regionale Gemeinschaft

Die institutionell-organisatorischen Schwächen und die fehlende räumliche Einheit der Region sind Hindernisse für den Aufbau von festen Bindungen und für die Schaffung eines lebendigen regionalen Bewusstseins. Auch die grenzüberschreitende Berichterstattung über das Verbindende, das Gemeinsame ist unterentwickelt. Eigentlich ist nirgends der politische Wille – verstanden als ein bewusstes, zielorientiertes, gestaltendes politisches Lenken – spürbar, regionale Zusammengehörigkeit wirklich zu formen und zu fördern.

Natürlich wird es auch im Bodenseeraum weiterhin unzählige Initiativen und Projekte geben, die auf Austausch und Kooperation ausgerichtet sind. Dieses feinmaschige Gewebe von Zusammenarbeit im Kleinen verbindet viele Menschen und hält den Raum zusammen, ohne ihm damit freilich schon eine regionale Einheit zu geben. Die Vielfalt ist sogar bemerkenswert, und sie wird erleichtert durch die gemeinsame Sprache und die verbindende alemannische Wesensart. Mittelbar eint auch das übereinstimmende Gefühl, von den Metropolen Bonn, Wien und Bern immer wieder stiefmütterlich behandelt, ja, mitunter sogar «vergessen» zu werden. Das «Peripheriesyndrom» schmiedet das Puzzle der Randgebiete als Leidensgemeinschaft zusammen.

Bottom up oder top down?

Doch das genügt nicht, um vermehrt Identität zu gewinnen und sich im Wettbewerb mit anderen Regionen eigenständig zu behaupten. Die Ansätze sind einfach zu punktuell, zu verstreut. Es mangelt das gemeinsame institutionelle Dach. Es fehlen die gefestigten politischen Strukturen, die den Bestrebungen Halt geben, die die Impulse bündeln, die in der Lage sind, neue Initiativen zu ergreifen und umzusetzen.

Sicher soll die Euregio von unten wachsen und auch an der Basis gewollt werden. Doch einer solchen «Basisbewegung» müssen gleichwertige Impulse von oben antworten. Es braucht auch einen dezidierten

top down-Ansatz, wenn die Euregio an Profil und Ausstrahlung gewinnen soll.

Wohin soll die Reise denn eigentlich gehen? Was wollen wir werden? Wie stellen wir uns die gemeinsame Zukunft vor? Genügt ein Netzwerk emsiger nachbarschaftlicher Zusammenarbeit – das es im übrigen schon seit vielen Jahrzehnten gibt –, oder müsste die Euregio nicht vielmehr ein Programm sein, ein politischer Gestaltungsraum mit klaren Konturen, ein lebendiger Organismus mit eigenen Ansprüchen und verpflichteten Gremien? Das ist nie ausdiskutiert, nie wirklich festgelegt worden.

Grenzüberschreitende Kooperation ist eine Sache. Die Menschen sind da ohnehin fabelhaft ideenreich. Nichts kann sie hindern – kein Drahtzaun, kein Schlagbaum, keine Zöllner –, sich auszutauschen und miteinander zu geschäften. Doch wer die Vokabel «Euregio Bodensee» im Munde führt – und sie geht den Politikerinnen und Politikern nur allzu geschmeidig über die Lippen –, der muss etwas anderes im Sinn haben, muss von einer anderen Vision erfüllt sein.

Tatbeweise statt Beschwörungsformeln

Hier besteht dringender Klärungs- und Handlungsbedarf auf allen politischen Ebenen der beteiligten Anrainer und Euregio-Partner. Ohne Prospekte keine Projekte!

Die Internationale Bodenseekonferenz sollte ihren Rhythmus erhöhen und die Durchsetzung ihrer Beschlüsse verbessern. Das Instrumentarium ist ebenso auszubauen wie die finanziellen Mittel zu erhöhen sind, die der IBK für die Euregio-Entwicklung zur Verfügung stehen. Die IBK muss als Exekutive insgesamt initiativer und ambitionierter werden und vermehrt Massnahmen ergreifen, die den Bodenseeraum zusammenschmieden.

Der Bodenseerat sollte in den nächsten Jahren de-

mokratisiert und zum «Parlament» der Euregio gemacht werden. Er muss die Bevölkerung in ihrer Vielfalt spiegeln und vertreten, also aus gewählten oder von Parlamenten abgeordneten Vertreterinnen und Vertretern bestehen. Zwischen IBK und Bodenseerat muss die Zusammenarbeit institutionalisiert werden, damit ein spannendes und fruchtbares Miteinander entsteht.

Das Euregio-Büro in Konstanz sollte gestärkt und sein Wirkungskreis erweitert werden. Nach Möglichkeit sind weitere Anlaufstationen zu schaffen und zu einem eigenen kleinen, bürgernahen Netzwerk von Beratungs- und Clearingstellen zu vereinen.

Den Kulturraum erlebbar machen

Gezielte Anstrengungen sind vor allem auf dem Gebiete des kulturellen Austauschs angezeigt. Nichts schafft unter den Menschen mehr Verbundenheit und Zusammengehörigkeitsgefühl als die Erfahrung, einem gemeinsamen, historisch gewachsenen Kulturraum anzugehören und in vielem gleich zu denken, zu empfinden, zu erleben.

Im übrigen muss das Rad ja keineswegs neu erfunden werden. Andere Regionen, die schon weiter sind als das Bodenseegebiet, leben uns in vielfältiger und zugleich anschaulicher Weise vor, was an ideenreicher grenzüberschreitender Zusammenarbeit möglich ist, welche Versuche wenig brachten, welche Vorhaben zündeten und die Bevölkerung hüben und drüben hinter sich scharten.

Wenn nämlich die Menschen spüren, dass die Euregio Bodensee mehr ist als eine politische Worthülle, nämlich ein bereichernder Bezugsrahmen für ihre Gemeinschaft, für ihr nachbarschaftliches Zusammenleben, letztlich sogar für ihr partnerschaftlich geteiltes Wohlergehen, dann werden sie sie auch begeistert mittragen, dann wird sogar das Wir-Gefühl entstehen, das heute noch weitgehend fehlt.

«Zukunftsfähiger Bodensee»

Gerade schien es noch verwegen und visionär, Entwürfe für das 21. Jahrhundert zu präsentieren. Und schon klingt es abgedroschen: «Auf dem Weg in das dritte Jahrtausend!» Die Absichten für das nächste Millennium sollten längst klare Konturen angenommen haben. Gewiß: Planer, Strategen, Politiker und Lobbyisten waren fleißig. Auch die privaten Natur- und Umweltorganisationen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger des gesamten Bodenseeraums für eine intakte, lebenswerte Umwelt engagieren, sehen sich aufgerufen, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der REGIO BODENSEE zu leisten. Doch läßt sich aus den Zukunftsentwürfen und Prognosen, die sich auf globale Märkte und interkontinentale Verflechtungen stützen, andererseits auch die Ausrichtung auf regionale Werte und Perspektiven fordern, ein gangbarer Weg für die Bodenseeregion finden?

Bedeutsame, allerdings weitgehend abstrakte Begriffe wie *Agenda 21*, *Agenda 2000* oder *Natura 2000* geistern durch die Köpfe und die Medien. Hinter die-

ser keineswegs zufälligen Auswahl spröder Titel stehen Programme mit europa- und weltweiten Konsequenzen für Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz.

Allem übergeordnet ist die *Agenda 21* – das Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung von 1992 in Rio de Janeiro. Dieses globale Pflichtenheft für das 21. Jahrhundert vertritt die Politik der dauerhaft umweltverträglichen Entwicklung und gibt detaillierte Handlungsaufträge zur Bekämpfung von Armut und Umweltzerstörung. Der Appell von Rio ist Auftrag für ein neues Denken und Handeln auf allen Ebenen nach dem Motto: «Global denken, lokal handeln!»

Ideale Rahmenbedingungen für die regionale Anwendung der *Agenda 21* bietet ohne Zweifel der internationale Bodenseeraum mit seinem ökologischen Kapital und der gemeinsamen Verpflichtung zur Erhaltung einer leistungsfähigen Umwelt. Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) hat mit dem Projekt

Harald Jacoby